

2024/G/10

Beschluss

Annahme in der Version der Antragskommission

Berufsstart erleichtern – Azubiwerke für deine Zukunft in Rheinland-Pfalz

Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern den SPD-Landesparteitag dazu auf, die Gründung mehrerer Azubiwerke im gesamten Bundesland zu beschließen. Diese Azubiwerke sollen nach dem Vorbild der Studierendenwerke in Rheinland-Pfalz sowie den Azubiwerken in Hamburg und München gestaltet werden. Ziel ist es, Auszubildenden umfassende Unterstützung in Form von günstigem Wohnraum, Beratungsangeboten und anderen Dienstleistungen anzubieten, um die Attraktivität von Ausbildungsberufen zu steigern und die Ausbildungsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Die Azubiwerke Rheinland-Pfalz sollen flächendeckend für preiswerten Wohnraum sorgen und Mensen sowie Cafeterien betreiben. Zudem sollen sie Sozial- und Rechtsberatung sowie psychologische Unterstützung anbieten. Insbesondere bei den Angeboten der Sozial- und Rechtsberatung möchten wir eine enge Kooperation mit den Gewerkschaften des DGB anstreben.

Die Azubiwerke werden Arbeitsmöglichkeiten vermitteln und Kinderbetreuung für Eltern in der Ausbildung bereitstellen. Kulturprogramme und der Austausch von Auszubildenden, auch international, sollen ebenfalls gefördert werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf der Verbesserung der Attraktivität von Ausbildungsberufen und dem Betrieb sowie der Verwaltung von Wohnheimen und anderen Wohnmöglichkeiten liegen. Für minderjährige Auszubildende sowie Azubis mit Migrationsgeschichte sollen die Azubiwerke spezielle Betreuungs- und Wohnkonzepte entwickeln, mit pädagogischem Personal, das rund um die Uhr verfügbar ist. Darüber hinaus sollen die Azubiwerke Angebote für Migrant*innen in den Bereichen Spracherwerb, Ausbildungsbeginn und Weiterbildung schaffen. Weitere Schwerpunkte müssen die Beratung bei Inklusionsbedarfen sowie zu aufenthaltsrechtlichen Fragen und zur Anerkennung ausländischer Schul- und Studienabschlüsse sein.

Die Finanzierung der Azubiwerke in Rheinland-Pfalz kann durch verschiedene Mittel sichergestellt werden. Dazu gehören staatliche Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz und Beiträge der Industrie-, Handels- und Handwerkskammern. Zudem kommen Mieteinnahmen und Nutzungsgebühren (z.B. für Waschautomaten) hinzu. Da es in Rheinland-Pfalz keine generelle Ausbildungsumlage gibt, kann diese auch nicht zur Finanzierung herangezogen werden. Dennoch sollen auch Arbeitgeber durch abzuführende Beiträge an der Finanzierung der Azubiwerke beteiligt werden. Die Landesregierung soll prüfen, welches der Mittel am besten für eine Finan-

zierung der Azubiwerke geeignet ist und auch prüfen, ob und wie eine umlagefinanzierte Ausbildung, wie beispielsweise in Bremen, für Rheinland-Pfalz geeignet sein kann.